

# Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 M., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon Nr. 924.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15.

Mittwoch, den 19. Januar 1916.

23. Jahrg.

## Einige Abwehr im Reichstage.

Der Reichstag zeigte gestern das seltene Bild vollkommener sachlicher Einmütigkeit in den wichtigsten Fragen seiner eigenen Aufgaben und der Zustände in der inneren Politik des Reiches. Die erste Frage schnitt unser Genosse Scheidemann an, als er sich mit Recht darüber beklagte, daß der Reichstag bis zum 15. März vertagt werde, und daß dadurch kaum 14 Tage für eine Beratung des Etats übrig blieben, die zu einer ausreichenden Besprechung unmöglich genügen könnten. Das ganze Haus stimmte ihm in dieser Auffassung zu, und auch der Reichschatzsekretär konnte keinerlei Entschuldigung für die lange Vertagung des Reichstags anführen. Er begnügte sich damit, ein Notgesetz in Aussicht zu stellen, wenn der Reichstag die Etatsberatungen über den 1. April hinaus werde ausdehnen müssen. Die zweite Frage, in der das Haus von einer seltenen Einmütigkeit bejeelt war, betraf die Verhältnisse der Zensur, des Belagerungszustandes und damit das Verhältnis der Militärbehörden zur Zivilverwaltung. Von Herrn Hertel angefangen bis zu unserem Genossen Dittmann ließ keiner der Redner irgend einen Zweifel darüber, wie unerträglich die Zustände auf diesem Gebiete in Deutschland geworden sind. Die Beispiele, die unser Genosse Dittmann und später unser Genosse Heine anführten, waren ebenso sehr, wie die Beispiele, die die Abgg. Stresemann, Fischbeck und Hertel brachten, Beweise für diese offensichtliche Tatsache. Am aufpeitschendsten wirkte der Fall, der unserm Parteiblatt in Halle am Tage vorher passiert war, daß ihm aus dem Bericht des Reichstags durch die Zensur mehrere Stellen gestrichen waren. Das ging selbst über das Maß hinaus, das bisher als ärgste Beschränkung der öffentlichen Meinung empfunden worden war, und es fielen bei der Kritik dieser Maßnahme harte Worte im Reichstage, wie sie selten gegenüber der Regierung und der Militärbehörde zu verzeichnen waren. Aber das Haus war sich nicht bloß in der Kritik einzelner Fälle der Zensur vollkommen einig, sondern auch in der allgemeinen grundsätzlichen Auffassung, daß abgesehen von der militärischen Zensur jeder weitere Eingriff nicht nur eine Last, sondern auch einen großen Schaden für alles das bedeutet, was selbst die Regierung und die militärischen Behörden in diesen Zeiten an Einmütigkeit und Stärke erhalten wissen wollten. Genosse Heine nahm sich über die Zensur hinaus noch besonders der Zustände im Vereins- und Versammlungsrecht unter dem Belagerungszustand an. Er führte den zwingenden Beweis, wie in einzelnen Korpsbezirken die Versammlungsfreiheit in jeder Form aufgehoben sei, wie besonders die Arbeiter von neuem hinsichtlich des Vereins- und Versammlungsrechtes geradezu zu Bürgern zweiter Klasse herabgedrückt würden und wie das ein Maß der Erbitterung und des Unwillens hervorruft, das eine schwere nationale Gefahr bedeute. Auf die besondere Kritik, die er dem Verhalten einzelner Behörden gegenüber den Gewerkschaften widmete, stellte für die Zukunft der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern, Herr Lewald, insofern gründliche Besserung in Aussicht, als er eine offizielle Erklärung der Regierung abgab, daß sie eine Novelle zum Vereinsgesetz einbringen werde, in der die Gewerkschaften ausdrücklich als unpolitische Vereine im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkannt werden sollen. Damit wird endlich ein Zustand beendet, der seit Jahren die Gewerkschaften auf das schwerste bedrückte und der niemals im Sinne der Gesetzgeber gelegen hat. Aus der übrigen Debatte bleibt noch bemerkenswert die Schärfe, mit der sich nicht nur der Abg. Fischbeck von der Fortschrittlichen Volkspartei, sondern auch der nationalliberale Redner Stresemann gegen den Erlaß des Herrn v. Loebell zur Uniformierung und Beeinflussung der Kreisblätter und der kleinen Presse in Preußen wandte. Die politische Zwangsjacke, die Herr v. Loebell der preussischen Presse anzulegen gedenkt, hat es erfreulicherweise dahin gebracht, daß selbst die nationalliberale Partei so etwas wie Mannesstolz vor Königsthronen aufbringt und mit einer Energie gegen den alten preussischen Polizeigeist kämpft, von der man nur wünschen kann, daß sie sie auch bei anderen Gelegenheiten anwendet. Die Entgegnung des Herrn Stresemann in der Erörterung der Kriegsziele hörte im großen und ganzen die Einmütigkeit des Hauses nicht, zumal Herr Stresemann sich nachher gleichsam dafür entschuldigte. So hat das Haus in der Abwehr der Zensur, in der Abwehr der preussischen Beeinflussung der Presse, in der Kritik der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes und in allen gestern angeschnittenen Fragen der inneren deutschen Politik, wie wir wiederholen, das seltene Bild einer besonderen Einmütigkeit und Schärfe der Kritik. Man wird erwarten müssen, wie weit diese Schärfe der Kritik und dieser einmütige Wille des Reichstags Einfluß auf die Militärbehörden und schließlich auf den Reichskanzler besitzt, seinen Willen durchzudrücken.

### Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Überdecker Volksboten“.)

32. Sitzung am 18. Januar, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratslich: Dr. Helfferich.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag auf Ver-

Scheidemann (Soz.): Ich halte es für ganz unmöglich, daß wir in den 14 Tagen vom 15. März bis 1. April den Etat mit den zu erwartenden neuen Steuern gründlich beraten könnten. Ich möchte jetzt schon darauf aufmerksam gemacht haben, damit uns später kein Vorwurf gemacht wird, und man etwa sagt, wir hätten gegen die lange Vertagung Einspruch erheben können.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es soll auch in Friedenszeiten vorkommen sein, daß der Etat nicht immer bis zum 1. April fertig wurde. (Stift.) Wir werden uns auch diesmal mit einem Notgesetz behelfen müssen, denn ich gebe zu, daß die Wahrscheinlichkeit für rechtzeitige Fertigstellung des Etats nicht sehr groß ist, da er kompliziert wird durch die Steuererlässe, die notwendig sein werden, um das mit Sicherheit zu erwartende Defizit des Etats zu decken. Allerdings wird es sich auch bei diesen Steuererlässen um keine Reichsfinanzreform handeln können, die für längere Zeit eine endgültige Regelung schaffen. Soll, sondern am Kriegszustand, Notstandsmaßnahmen.

Baiermann (Nat.): Auch wenn, was wünschenswert wäre, die Budgetkommission vielleicht zum 7. März einberufen wird, wird es doch kaum möglich sein, den Etat einschließlich der Steuererlässe bis zum 1. April zu beschließen. Die Vorlagen sollten der Öffentlichkeit zur Stellungnahme bekannt gegeben werden. (Zustimmung.) Hinter die Worte des Staatssekretärs, daß diesen Steuererlässen nur ein provisorischer Charakter innezuwohnen soll, möchte ich doch ein Fragezeichen machen. (Sehr richtig!) Angesichts der Finanzlage nach dem Kriege ist die Aussicht, daß einmal beschlossene Steuern wieder verschwinden, sehr gering. Umso genauer werden wir sie prüfen müssen.

Ledebour (Soz.): Der einzig durchschlagende Grund für die lange Vertagung ist, daß die Regierung sich nicht in der Lage erklärt hat, die erforderlichen Vorlagen früher fertigzustellen. Die Gründe, die der Staatssekretär anführte, sprechen gerade für eine frühzeitige Einberufung. Ich nehme doch nicht an, daß die Kapitalisation Montenegro's derartige Hoffnungen auf Kriegsentlohnungen bei ihm erweckt hat. (Stift.) Daß er deshalb nicht glaubt, daß es sich um dauernde Steuern handeln wird. Jedenfalls muß der Reichstag längere Zeit über den 1. April hinaus zusammenbleiben.

Staatssekretär Helfferich: Selbstverständlich wird dem Reichstag Gelegenheit zum gründlichen Durchgesehen der Vorlagen gegeben werden. Daran muß ich festhalten, daß die Steuererlässe nur provisorischen Charakter haben werden. Eine organische Neuordnung des Finanzwesens während des Krieges durchzuführen, ist unmöglich. Darüber werden wir uns erst in Friedenszeiten verständigen können.

Dr. Spahn (Ztr.) schließt sich dem Wunsche an, daß die Budgetkommission bereits am 7. März zusammentritt.

Dr. Hertel (Kons.) stimmt dem zu und unterstützt den Wunsch des Abg. Baiermann, daß die Steuererlässe der Öffentlichkeit frühzeitig bekannt gegeben werden mögen.

Scheidemann (Soz.): Ich stelle fest, daß das ganze Haus genügend Zeit zur Beratung des Etats wünscht. Jedenfalls werden wir uns die Steuern sehr gründlich ansehen müssen. Die Vertagung des Reichstags bis zum 15. März wird beschlossen.

Es folgt die Beratung der Resolutionen der Kommission über die Handhabung der Zensur.

Die Sozialdemokraten beantragen dazu Aufhebung des Belagerungszustandes und insbesondere Wiederherstellung der Pressefreiheit.

In ihren Resolutionen erlaubt die Kommission dem Reichskanzler, dafür zu sorgen,

- a) daß unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmebestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken;
- b) daß beim Kriegspresseamt und bei allen Generalkommandos Pressearbeiten aus Vertreter der Militärbehörde und sachverständigen Zivilpersonen gebildet werden, damit die Härten der Zensur beseitigt oder gemildert werden;
- c) daß jedem Zeitungsverbot zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen muß;
- d) daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen darf

und ferner, daß Fragen der inneren Politik, der Handelspolitik und der Steuerpolitik der Pressezensur nicht unterworfen werden.

Dittmann (Soz.): Das Symbol, unter dem wir jetzt in die Beratungen eintreten müssen, ist der Maulkorb, ein Maulkorb für den deutschen Reichstag. Hier ist der Beweis. (Redner zeigt dem Hause einen Reichstagsbericht des Volksblatt für Halle, aus dem die Zensur verschriebene Stellen gestrichen hat.) So fuhrwerk die Zensur mit den Reden herum, die wir halten. (Lebh. hört, hört! bei den Soz.) Die weißen Stellen, die Sie sehen, enthalten die Kritik, die Simon hier am Donnerstag an der Reichstagsredaktion geübt hat. Die Zensur in Halle streicht einfach die Kritik aus dem Reichstagsbericht heraus. (Erneute Rufe bei den Soz.: Hört, hört!) Das Volk soll nicht erfahren, was im Reichstag gesagt worden ist. Das ist unerträglich, das ist eine Verletzung der Reichsverfassung. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Die wahrheitsgemäße Reichstagsberichte ausdrücklich zum Abdruck freigeibt. Es geht um das Recht des Reichstages! (Glocke des Präsidenten.) Es handelt sich in Halle nicht um den Mißgriff eines ärztlichen Zensurs, nein, die Streichung in Halle ist auf telegraphische Anordnung von Berlin aus erfolgt. (Hört, hört! bei den Soz.) Mein Gewährsmann in Halle, Redakteur Hennig, schreibt mir darüber folgendes:

Ich fragte Montag bei dem Zensur telephonisch an, ob diese Streichung im Reichstagsbericht etwa mißverständlich sei? Darauf erwiderte mir der Polizeikommissar Gehring: Nein, ich habe sogar telegraphische Nachricht aus Berlin, die Streichungen bleiben bestehen.

(Hört, hört! bei den Soz.) Und mein Gewährsmann schreibt weiter:

„Am Tage nach dem Erscheinen des Reichstagsberichts mit den weißen Stellen teilte uns der Zensur telephonisch mit: Sie haben nur die Erlaubnis, ganz keine unauffällige Stellen weiß zu lassen; die beiden weißgelassenen Stellen im gestrigen Parlamentsbericht sind viel zu groß. (Hört, hört! bei den Soz.) Es wird Ihnen hiermit das Verbot der Zeitung angeordnet (Hört, hört! bei den Soz.) wenn Sie nochmal so große Stellen weiß erscheinen lassen.“

Da haben Sie die Zensur in Reinkultur, wie sie lebt und leidet, wie sie tagtäglich bei uns in Deutschland wütet gegen das freie Wort, da haben Sie den schlagenden Beweis dafür, wie unsere Gewaltthätigkeit im Lande auf Geheiß und Veranlassung herumtrampeln. (Große Unruhe, Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Döner: Das dürfen Sie nicht sagen, diese Ausdrücke sind nicht zulässig.

Abg. Dittmann (Soz.): Ich glaube, daß man im Deutschen Reichstage deutsch reden könnte. (Vizepräsident Döner verbittet sich jede Kritik seiner Geschäftsführung.) In den Zeiten der Kriegszeit sind oft den Völkern goldene Berge versprochen worden und später wurden die Versprechungen nicht eingelöst. Soll es wieder so sein, daß ich nicht so. Was hat man uns nicht alles im Laufe der Kriegszeit versprochen. Bei Kriegsausbruch versündete der Kaiser, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Im Dezember 1914 jagt der Reichstagskanzler, wie vor einer Jubelgewalt sind die Schranken gefallen, die eine Ede und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir aufgeteilt hatten in Mißvertraut, Mißgünstig und Mißtrauen. Weiter jagte er, eine Befreiung und Beglückung ist es, daß dieser ganze Müß und Unrat weggeräumt ist, daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem andern. Und dann führte der Reichstagskanzler aus, Deutschland führe den Krieg für Recht und Freiheit, damit wir uns entwickeln könnten als ein freies Volk. Die letzte Thronrede versichert uns in gehobenem Tonfall, der Welt gegenüber: Verheeren und Verräumen wird auch für Frieden fortwirken. Also eine ganze Reihe feierlicher Versicherungen und freudiger Versicherungen über das deutsche Volk ausgeprochen worden. Wenn Worte Taten wären, wäre das deutsche Volk auf dem besten Wege, das freieste und glücklichste Volk zu werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Wie aber das versprochene Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Wirklichkeit aussieht, das habe ich Ihnen ja schon eingangs an einem dreifachen Beispiel gezeigt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wie ist denn der gefeierte Geist des Vertrauens und Verhebens gegenüber dem deutschen Volke. Wer so schöne Zukunftsversicherungen und Versprechungen macht, der muß doch auch in der Gegenwart etwas von diesem Vertrauen verspüren lassen. (Sehr gut! bei den Soz.) Aber es ist alles beim Alten geblieben, es herrscht das tiefste Mißtrauen gegen das Volk. Selbst die geistlichen Garantien, die die bisherigen Freiheiten schützten, sind beseitigt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Feierlich versicherte der Oberbefehlshaber in den Marken, daß die Verhängung des Belagerungszustandes nur erforderlich sei zur raschen gleichmäßigen Durchführung der Mobilmachung. (Hört, hört! bei den Soz.)

Aber auch nach der Mobilmachung wurde er aufrecht erhalten und die vollziehende Gewalt verblieb bei den Militärbefehlshabern, die nach und nach ihre Machtbefugnisse erweitert haben, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, die persönliche Freiheit wurden nach und nach aufgehoben, und an Stelle von Recht und Gesetz ist Willkürherrschaft und schrankenlose Diktatur getreten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Zustände sind nicht etwa die Folge einer Reihe von Mißgriffen, sondern die Folge des ganzen Systems. Das militärische Denken und Fühlen folgt eben nur Befehlen und Gehorchen, eine Schule moderner Staatsverwaltungskunst kann die militärische Laufbahn sicher nicht sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was haben die Generalkommandos aus dem Kaiserwort über die Parteien und aus dem Burgfrieden gemacht. Nach ihrer Auffassung haben die Parteien überhaupt keine Existenzberechtigung mehr. Das ganze Volk soll einen neutralen Standpunkt haben, der aber natürlich der Standpunkt der Militärgewalt ist. Dabei hat am 19. März v. J. selbst Graf Westarp als Berichterstatter der Budgetkommission festgestellt, daß die Forderung des Burgfriedens kein Aufgeben grundsätzlicher Anschauungen und grundsätzlicher Parteipolitische Bedinge, und der Reichstagskanzler jagte: Ohne Parteien, ohne politischen Kampf kein politisches Leben auch für das freieste und einigste Volk. Diesen Erklärungen widerspricht die Praxis der Generalkommandos und Zensurbehörden aufs schroffste. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Bekenntnis zum Sozialismus, die Vertretung sozialdemokratischer Forderungen wird in einer ganzen Anzahl von Korpsbezirken nicht geduldet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Presse unserer Partei wird vielfach unter Zensur gestellt, unsere Redakteure haben einen täglichen Kleinstrieg mit den Zensuren um jedes einzelne Wort zu kämpfen. Angeficht besteht nur eine rein militärische Zensur, in Wahrheit ist sie zur politischen Zensur geworden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Politische Fragen werden einfach für militärische Angelegenheiten erklärt. Ueberhaupt ist jedes Gebiet des öffentlichen Lebens Politik, Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft, Literatur, bürgerliches Leben, alles was ist, in den Bereich der Zensur gezogen, die dort herumwirtschaftet wie das bekannte Tier im Porzellanladen. Selbst die konservativen Lager über die Zensur, doch dürfte auf jedes Duzend Fälle, in denen sie darunter zu leiden haben, Hunderte von Fällen bei uns kommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiterklasse kann ihre Interessen nur in vollster Öffentlichkeit vertreten, sie braucht also Presse und Versammlungsrecht. Könnten sie die Blutsauger, Wohnungslos an den Pranger stellen, die sie trotz hoher Kriegsgewinne um ihren Lohn pressen, so wären manche Mißstände nicht möglich gewesen. Aber die Zensur läßt es nicht zu, sie unterdrückt das einzige Schutzmittel gegen soziale Uebel, die öffentliche Kritik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Gewerkschaften haben während des Krieges auf das Kampfmittel des Streiks verzichtet. Zum Dank dafür werden sie der Zensur



Debatte verhängen Sie selbst eine Zensur über ein Mitglied des Hauses, Mandatgeber als alle angeführten Fälle. (Präsident Kaempff: Das ist in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung nicht zulässig.) Demgegenüber stelle ich fest, daß ich mit keinem Wort Einzelheiten unserer Kriegsziele erörtert habe. Den Vorwurf mangelnder Selbstzucht muß ich also zurückweisen.

Liebkecht (Soz.): Man hat mir wiederholt aus dem Hause entgegengehalten: Sie arbeiten in Diensten des Auslandes, Sie sind ein Landesverräter. (Präsident Kaempff: Im Bureau sind diese Bemerkungen nicht gehört worden, ich hätte sie sonst entsprechend gerügt.) Demgegenüber stelle ich fest, daß ich es vorziehe, von Ihnen als Landesverräter oder sonst was gehalten zu werden, als deshalb gelobt zu werden, weil ich nach Ihrem Geschmack geredet habe, wie das Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion in den letzten Tagen mehrfach passiert ist. (Setzzeit.)

Dittmann (Soz.): In dem Fall des Volksblattes in Halle hat Ministerialdirektor Lewald vorhin erklärt, meine Behauptung, die Stelle aus der Reichstagsrede des Abg. Simon sei aus Umweisung von Berlin aus gestrichen, sei falsch. Ich verweise auf das, was ich heute gesagt habe, woraus hervorgeht, daß der betreffende Zensur in Halle dem Redakteur des Volksblattes auf seine Beschwerde ausdrücklich erklärt hat: „Ich habe jedoch telegraphische Nachricht aus Berlin, die Streichung bleibt bestehen.“ (Leh. hört, hört!) Es bleibt natürlich noch immer die Möglichkeit, wenn nicht ein bestimmtes Telegramm dem betreffenden Polizeikommissar in Halle zugegangen ist, daß der Herr dem Redakteur die Unwahrheit gesagt hat. Jedenfalls habe ich nichts vorgebracht, von dem ich nicht überzeugt sein dürfte, daß es den Tatsachen entspricht.

Kunmehr werden die Anträge der Kommission bis auf den Punkt, wonach jedes Zeitungswort der vorherigen Genehmigung des Reichstags bedarf, angenommen. Dieser Teil der Anträge und der Antrag Dr. Ullrich-Baßermann werden an die Budgetkommission verwiesen. Der Antrag Ullrich wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten Kaempff und der Verlesung der Vertagungsorder durch Staatssekretär Dr. Desbrück schließt die Sitzung mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser gegen 5 1/2 Uhr.

# Von den Kriegsschauplätzen.

Der österreichisch-ungarische Bericht bezieht die kurz vor Neujahr eingeleitete russische Offensive in Ostgalizien und an der beharabischen Front als abgeschlossen und für unsere Bundesgenossen als erfolgreich. Auf einer 130 Kilometer langen Schlachtfeldfront wurden alle Offensivversuche der Russen abgelehnt, trotzdem die letzteren mit einer ungemessenen Zähigkeit und Tapferkeit vorgingen. Zahllose Opfer hat dieses juchbare Ringen insbesondere den Russen als Angreifern gekostet — der Wiener Bericht spricht von mindestens 70 000 toten und verwundeten Russen. Angesichts dieser Mißerfolge wird bereits von einer Einstellung der russischen Offensive an der beharabischen Front gesprochen. Inwiefern das zutrifft, bleibt abzuwarten.

Zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro haben die Verhandlungen bereits begonnen. Die Feindseligkeiten sind eingestellt worden.

Die Stellung des italienischen Kabinetts Salandra wird durch die Kapitulation Montenegros nicht gebessert. Man nimmt allgemein an, daß Montenegro den letzten Schritt nicht ohne Wissen und vielleicht gar Willen der italienischen Regierung unternommen hat. Daraus resultieren große Kundgebungen, die sich beim Bekanntwerden der Kapitulation Montenegros in Mailand ereigneten. Die Geschäftshäuser der kriegsbegehrigen Blätter, des „Secolo“ und des „Corriere della Sera“ und die Filiale des römischen „Giornale d'Italia“, mußten durch Polizei beschützt werden. Vielleicht hängt hiermit auch die Aufkündigung der Unterstützung der Regierung durch die Reformsozialisten zusammen.

Wenn die „Vossische Ztg.“ recht unterrichtet ist, legt die Entente ihren Gewaltmaßregeln gegen Griechenland dadurch die Krone auf, daß sie von der griechischen Regierung in drohender Form verlangt, sie solle allen diplomatischen Vertretern und Konsuln der ententeindlichen Mächte die Pässe zuziehen, also ihre Beziehungen abbrechen. Das Verlangen wäre so unerhört, daß wir kaum an die Möglichkeit dieser Meldung glauben können, trotzdem in diesem Kriege unmöglich Erscheinendes wiederholt Wirklichkeit geworden ist.

Der englischen Regierung ist es anscheinend gelungen, die Arbeiterführer in der Wehrpflichtfrage einzuseifen. Im Unterhaus verließ nämlich die Debatte über die einzelnen Punkte der Militärdienstpflicht ohne besondere Zwischenfälle. Bei der Abstimmung über die beantragten Amendements erhielt die Regierung eine überwältigende Mehrheit. Die Amendements der Arbeiterpartei, wodurch die Möglichkeit eines industriellen Zwanges ausgeschaltet werden soll, gelangen nach zur Verhandlung. Diese Amendements werden wohl kaum den Widerpruch der Regierung finden, da vorher eine Verhandlung darüber stattgefunden hat.

Inzwischen erscheint auch schon die sozialistische Kommission für nationale Verteidigung auf dem Plan. Sie erließ ein Manifest, in dem gesagt wird, daß die Verpflichtung zur Verteidigung der Freiheit des Volkes den sozialistischen Grundgedanken nicht widerspricht. Es sei heute leicht, sich dem Dienstpflichtprinzip zu widersetzen, wenn das Vaterland angegriffen werde. Ein direkter oder indirekter Zwang sei der Schlüsselstein des Gewerkschaftswesens. Ein körperlich taugliches Mitglied einer Gewerkschaft, dessen Arbeit nicht für andere Zwecke benötigt werde und das sich weigere, die Waffen zu ergreifen, sei ein Feigling.

**Die Kriegslage.**  
M.B. Großes Hauptquartier, 18. Januar.  
(Amtlich.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
Allgemein war die Feuertätigkeit an der Front bei meist klarem Wetter gesteigert. Lens wurde wiederum lebhaft beschossen.

2 englische Flugzeuge unterlagen bei Basinbradell und Dabryele (Flandern) im Luftkampf.

Von den Inzassen sind 3 tot. Ein französisches Flugzeug wurde bei Medewitz (Moyenric) durch einen unserer Krieger abgeschossen und Krieger und Beobachter gefangen genommen.

**Deftlicher Kriegsschauplatz.**  
Bei Duenhof (südlich von Riga) und südlich von Widby gelang es den Russen unter dem Schutze der Dunkelheit und des Schneesturms vorgeschobene kleine deutsche Postierungen zu überfallen und zu zerstören.

**Balkanriegsschauplatz.**  
Nichts Neues.  
Oberste Seeresleitung.

Wien: 18. Jan. Amtlich wird berichtet:  
Russischer Kriegsschauplatz.

Da auch der gestrige Tag keine besonderen Ereignisse brachte, kann die Westfrontschlacht in Ostgalizien und an der beharabischen Front, über die aus naheliegenden militärischen Gründen die Tagesberichte keine eingehenden Angaben bringen konnten, als abgeschlossen betrachtet werden. Unsere Waffen haben an allen Punkten des 130 Kilometer breiten Schlachtfeldes einen vollen Sieg davongetragen. Untere über jedes Lob erhabene Infanterie, die Trägerin aller Entscheidungskämpfe, hat — von der Artillerie sehr verständnisvoll und geschickt unterstützt — alle Stellungen gegen eine örtlich oft vielfache Überlegenheit behauptet.

Die große Neujahrsschlacht im Nordosten Oesterreichs begann am 24. Dezember vergangenen Jahres und dauerte, nur an einzelnen Tagen durch Kampfpausen unterbrochen, bis zum 15. Januar, also insgesamt 24 Tage lang. Zahlreiche Regimenter fanden in dieser Zeit durch 17 Tage im heftigsten Kampf. Russische Truppenbesätze, Auslagen von Gefangenen und eine ganze Reihe von amtlichen und halbamtlichen Kundgebungen aus Petersburg bekäftigen, daß die russische Seeresleitung mit der Offensive ihres Seeheres große militärische und politische Zwecke verfolgte. Diesen Absichten entsprechen auch die Menschenmassen, die der Feind gegen unsere Fronten aufgestellt hat. Er opferte, ohne irgend einen Erfolg zu erreichen, mindestens 70 000 Mann an Toten und Verwundeten hin und ließ nahezu 6000 Kämpfer als Gefangene in unserer Hand. Der Truppenzusammensetzung nach haben am Sieg in der Neujahrsschlacht alle Stämme der Monarchie Anteil. Der Feind zieht neuerlich Verstärkungen nach Ostgalizien. Sonst im Nordosten keine besonderen Ereignisse.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**  
Die Lage ist unverändert.  
An der Dolomiten-Front, am Solmeiner Brückentopf und im Görzischen fanden stellenweise lebhaftere Geschützkämpfe statt. Kleiner feindliche Unternehmens gegen den genannten Brückentopf und ein Angriff auf unsere Stellungen am Nordhange des Monte San Michele wurden abgewiesen.

**Südöstlicher Kriegsschauplatz.**  
Die Verhandlungen, die die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres zu regeln haben, begannen gestern nachmittag. Unsere Truppen, die inzwischen nach Wirpazar und Rijeka befehrt hatten, haben die Feindseligkeiten eingestellt.

**Ereignisse zur See.**  
Am 17. Januar nachmittags vollführte ein Geschwader von Seeflugzeugen einen starken Angriff gegen Ancona, wo Bahnhofs-, Elektrizitätswerk und eine Kaserne mit schweren Bomben getroffen und in Brand gesteckt wurden. Das sehr heftige Feuer von vier Abwehrgeschützen war ganz ohne Wirkung. Alle Flugzeuge sind unbeschädigt eingedrückt.

# Mus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 19. Januar.

Der Bürgerausschuß empfahl in seiner heutigen Sitzung folgende Senatsanträge der Bürgerchaft zur Mitgenehmigung: Beschaffung von elektrischen Kränen für die Erzschmelze in Schlutup. (156 000 Mk.) Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Müllabfuhr in dem Stadteil Kurort und Seeod Travemünde. Verstärkung des Abschnittes XIX der Ausgabenseite des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1915 um 60 000 Mk. Bewilligung weiterer Mittel (227 000 Mk.) für die Ausgaben des Allgemeinen Krankenhauses im Rechnungsjahr 1915. Neubau eines Postgebäudes und einer Schutzmannswohnung in Russe (29 400 Mk.) und Nachbewilligung auf budgetmäßige Ausgaben der Betriebsanstalten im Rechnungsjahr 1914 um 17 743,82 Mk. Folgenden beiden Senatsanträgen wurde nach Erstattung eines mündlichen Kommissionsberichts die beantragte Mitgenehmigung erteilt: Weitere Nachbewilligung von 1426,74 Mk. auf die budgetmäßigen Ausgaben des Statistischen Amtes im Rechnungsjahre 1914 und Nachbewilligung von 876,95 Mk. auf budgetmäßige Ausgaben im Rechnungsjahre 1914 (Bureaukosten bei der diplomatischen Vertretung und Zelldirektionsbehörde).

Das Bürgerchaftsmitglied Dr. Th. Weste ist gestern im Alter von 84 Jahren nach längerem Leiden gestorben. Der Entschlafene, der hier als Chemiker wirkte, gehörte seit 1901 dem Lübschen Parlamente an und hat sich vielfach rednerisch betätigt.

Sind die Kriegswaisenrenten der Kinder dem Einkommen der Mutter hinzuzurechnen und deshalb von dieser mit zu versteuern? Die Arbeiterrechtsbeilage des Correspondenzblattes der General-Kommission der Gewerkschaften bringt diesen Artikel:

Dies, gerade in der jetzigen Zeit brennende Frage ist nicht in allen Steuergeetzen gleichmäßig entworfen. So werden z. B. in Oldenburg diese Renten dem Einkommen der Mutter hinzuzurechnen, ebenfalls auch in Hamburg, dagegen nicht in Mecklenburg, Bremen und in Preußen. In Lübeck ist die Frage noch strittig.

Das Lübsche Einkommensteuergesetz ist neuerlichen Datums. Eine im alten Gesetz vorhandene Vorschrift: „Dem Einkommen der Steuerpflichtigen ist hinzuzurechnen das besondere Einkommen seiner Ehefrau und seiner Kinder, soweit dasselbe dem von dem Steuerpflichtigen geführten Haushalte zugute kommt und nicht selbständig versteuert wird“ ist fallen gelassen. Die Gründe hierfür fasste die Begründung des Gesetzes wie folgt zusammen:

„Von dem Einkommen der Kinder, die dem Haushalte angehören, ist in dem Entwurfe abstrahiert nicht die Rede. Eine besondere gesetzliche Regelung wäre nur erforderlich, wenn das Steuergesetz sich auf einen anderen Standpunkt stellen wollte, als auf den des bürgerlichen Rechts. Mit anderen Worten: wenn das Steuergesetz dem Steuerpflichtigen solches Einkommen der Kinder zurechnen wollte, auf das er nach dem bürgerlichen Gesetz keine Ansprüche hat oder solches Einkommen nicht zurechnen wollte, auf das er Anrecht hat. Das ist aber in keinem neueren Einkommensteuergesetz geschehen. Danach würde also auch in bezug auf die Einkommenszurechnung der künftige Rechtszustand in Lübeck der sein: Dem Vater — und nach ihm der Mutter — steht kraft der elterlichen Gewalt nach § 1649 BGB. die Nutznießung an dem Vermögen der Kinder zu. Was ihm hiernach zusteht, ist sein eigenes Einkommen. Er muß es also als einen Teil seines Einkommens mitversteuern, und zwar auch dann, wenn es seinem Haushalte nicht zugute kommt. Seiner Nutznießung unterliegt daher nicht (nach § 1651 BGB.) als „freies Vermögen“ das, was das Kind durch seine Arbeit oder durch den ihm nach § 112 BGB. gestatteten selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäftes erwirbt, sowie das, was das Kind von Todes wegen erwirbt oder was ihm

von Lebenden oder einem Dritten unentgeltlich zugeht, oder wenn der Erblasser durch letztwillige Verfügung, der Dritte bei der Zuwendung bestimmt hat, daß das Vermögen der Nutznießung entzogen sein soll. Dieses aus freiem Vermögen des Kindes stammende Einkommen wird dem Vater oder der Mutter fortan nicht mehr zugerechnet sein, auch dann nicht, wenn es ganz oder zum Teil dem Haushalte zugute kommt.“

Ist nun die dem Kinde gewährte Waisenrente ein des Nutznießung der Mutter unterliegendes Vermögen oder nicht? In Hamburg und Oldenburg und auch in Lübeck bejaht man diese Frage, während sie in Preußen, Bremen und Mecklenburg verneint wird. Es bestehen also darüber zweierlei Meinungen, von denen mir die verneinende die größere Berechtigung für sich zu haben scheint.

Ein wesentlicher Bestandteil des Nutznießungsrechtes ist doch der, daß dem Berechtigten auch ein Recht zusteht, dieses Einkommen für sich und nicht nur für direkte Zwecke des Kindes zu verwenden. Voraussetzung ist weiter, daß Vermögen vorhanden ist, aus welchem sich ein Zinsfuß ergibt, das Vermögen selbst darf nur mit Genehmigung der Vormundschaftsbehörde angegriffen werden. Ist nun die Waisenrente dem Einkommen aus solchem Vermögen gleich zu erachten? Mit dem Tode des Kindes oder mit der Erreichung des vorgeschriebenen Alters würde die Rente fortfallen; es ist also der Bezug auf die Rente ein persönliches Recht des Kindes, das dem freien Vermögen des Kindes gleich zu erachten ist, das also wohl der Verwaltung der Mutter, nicht aber der Nutznießung unterliegt, also nicht der Steuerpflicht unterzogen werden kann.

Nach dem Lübschen Steuergezet würde sich nun, wollte man einen entgegengekehrten Standpunkt einnehmen, ergeben, daß diese doch immerhin nur geringen Renten der Kinder von der Mutter mit versteuert werden müssen, während das Arbeitseinkommen der Kinder anderer Familien, soweit es dem gemeinschaftlichen Haushalte zugute kommt, und zwar zu einem Teil, der höher sein wird als diese Renten, nicht mit versteuert werden braucht.

Das Arbeitseinkommen solcher Kinder, sofern es nicht 600 Mark übersteigt, wird also nach Lübschem Recht weder mit dem Einkommen der Eltern, noch für sich allein zur Steuer herangezogen werden können. Bei dieser Sachlage muß die Heranziehung der Waisenrenten der Kinder zum Einkommen der Mutter und damit zur Steuerpflicht nicht gerechtfertigt erscheinen.

Die Salzheringe teilweise beschlagnahmt. Amtlich wird unterm 17. Januar aus Berlin gemeldet: Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung eine Verordnung beschloffen, nach der derjenige, der Salzheringe einführt, verpflichtet ist, diese an die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin unter gewissen Voraussetzungen abzuliefern. Der Reichskanzler wird die hierfür nötigen Ausführungsbestimmungen treffen.

Die Zukunft der Kriegsgetrauten. Unter dieser Ueberschrift regt Magistrateassessor Dr. Jung (Dortmund) in der „Sozialen Praxis“ eine Frage an, die unter den Aufgaben der Fürsorge für die heimkehrenden Krieger wohl Beachtung verdient. Für die kriegsgetraute junge Frau ist mit der Eheschließung in der Regel nicht wie in Friedenszeiten die Gründung des eigenen Haushalts verbunden, sie bleibt meist im Haushalt der Eltern und in dem Tätigkeitskreis, den sie vor der Eheschließung innehatte. Es erhebt sich nun aber die Frage, was wird aus den Kriegsgetrauten, wenn der Krieg beendet und der junge Ehemann in die Heimat zurückkehrt? Wer gibt den Leuten da die zur Gründung des Haushalts erforderlichen Mittel? Hier haben nach Ansicht Dr. Jungs die Gemeinden bei den Kriegsgetrauten eine vaterländische Pflicht, ihnen nach Beendigung des Krieges bei der Beschaffung einer einfachen Wohnungseinrichtung zur Vermeidung einer drückenden Schuldenlast behilflich zu sein. Das läßt sich auch ohne Aufwendung besonders großer Mittel erzielen, wenn die Gemeinden in den Fällen, in denen nach Lage der Verhältnisse sich die Anschaffung von Möbeln und Hausgerät als notwendig erweist, zunächst den Erwerb einfacher Einrichtungen oder einzelner Möbelstücke durch Verhandlung mit zuverlässigen Möbel- und Ausstattungsgechäften und Festsetzung angemessener Preise, notfalls gegen Teilzahlungen, vermitteln, sobald aber, falls die Mittel der jungen Leute nicht reichen, auch sonst die Eltern oder andere Verwandte nicht für spätere Bezahlung genügende Gewähr bieten können, selbst den Geschäften gegenüber für die unbüggliche Bezahlung die Bürgschaft übernehmen. Mit Rücksicht auf die Bürgschaft der Gemeinden könnten die Geschäfte ohne besonderes Risiko die Einrichtungen zu üblichen Preisen abgeben und brauchen diesen nur einen geringen Betrag für den mit der Abzahlung verbundenen Zinsverlust zuzuschlagen. Andererseits könnten die Gemeinden sogar selbst als Vertragspartner auftreten und den Kriegsgetrauten die Möbel unter den üblichen Abzahlungsbedingungen überlassen, wobei diesen neben der Unbequemlichkeit der Abzahlung und der leicht zu ertragenden Eigentumsbeschränkung jedenfalls der außerordentliche Vorteil, zu angemessenem Preise gekauft zu haben, verbleibe, zumal wenn die Gemeinden im Falle pünktlicher Zahlung auf jede Zinsberechnung der angewandten Kapitalien verzichten. Dabei bleibt es den Gemeinden überlassen, in zweifelhaften Fällen sich in irgendeiner Weise zu sichern.

Der Kriegsausschuß für Konjumenteninteressen hielt am 15. Januar eine Sitzung seines Gesamtvorstandes in Berlin ab, um über die künftigen Aufgaben des Ausschusses zu beraten. In der Versammlung nahmen auch eine Reihe von Vertretern der Bezirksausschüsse teil. Der Bericht über die bisherige Tätigkeit ergab ein sehr erfreuliches Bild von dem gegenwärtigen Stand der Konjumentenbewegung. Dem Ausschuß sind gegenwärtig 26 Beamtenverbände, sämtliche Gewerkschaftsverbände der Arbeiter ohne Unterschied der Richtung und Konfession, 2 Zentralen der Konjumentenvereine, 5 Frauenverbände und 5 sonstige Organisationen angeschlossen. Die Hauptleitung ist im vergangenen Jahre mit vielen Erfolgen auf allen Gebieten der Nahrungs- und Gebrauchsmittelversorgung im Interesse der Verbraucher tätig gewesen. Sie hat in dieser Sache eine große Anzahl Eingaben an die zuständigen Behörden gemacht und in zahlreichen Konferenzen den Standpunkt der Verbraucher vertreten. Von den Ortsausschüssen wurde in vielen Fällen über ein sehr erfreuliches Zusammenwirken ihrer Vertreter mit den lokalen Behörden berichtet. Auch auf dem Gebiete der Selbsthilfe haben die Ortsausschüsse durch die Vermittlung preiswerter Nahrungsmittel an die Bevölkerung gute Resultate erzielt. Die Ansprache über den gegenwärtigen Stand der Nahrungsmittelversorgung und über die künftigen Aufgaben des Kriegsausschusses ergab eine vollständige Übereinstimmung aller Vertreter. Sie befanden sich einmütig dem Willen, wie bisher auch künftig geschlossen zusammen zu arbeiten. Damit ist die künftige von einer großen Zeitung des Westens gebrachte völlig haltlose Mitteilung, daß der Kriegsausschuß für Konjumenteninteressen infolge Unfruchtbarkeiten in seinen Reihen seinem Ende entgegenjehle, sehr nachdrücklich widerlegt.

Für Reisende in das norddeutsche Grenzgebiet. Es ist immer noch nicht genügend bekannt, daß jeder Reichsangehörige, der das „Grenzgebiet“ betritt — d. h. den Strecken zwischen der dänischen Grenze und der Linie Hoyer-Roskilde-Löwenburg-Engelshausen-Flensburg — im Besitz eines Passes oder Personalausweises sein muß. Es wird daher erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich für eine Reise in das Grenzgebiet mit solchen Papieren zu versehen.

Die Beratungsstelle für Petroleum macht bekannt, daß die Ausgabe von Bezugsscheinen für das Petroleum der Kriegshilfe am Sonnabend dieser Woche beendet sein muß. Vor allem wird darauf aufmerksam gemacht, daß nicht nur die Bewohner der Stadt, Dörfer, Bürger und Militärposten, sondern auch der Holzknechte die Bezugsscheine in der Dörse zwischen 5 und 7 Uhr abholen müssen.

sch. Im Museum am Dom ist augenblicklich bis Ende Januar eine Ausstellung von volkstümlichen Kriegsbildern, die vom Ausschuß zur Bekämpfung des Schandens in Wort und Bild zusammengestellt ist. Er will damit einen Überblick darüber geben, was an gediegener und gleichzeitig wohlfeiler Bildkunst während

des Krieges geleitet ist oder mit dem Kriege in Zusammenhang steht, hat sich also eine im besten Sinne vollständige Aufgabe gestellt. So sieht man da, um mit der weitest verbreiteten Art blühender Kunst zu beginnen, Reihen von Postkarten, schlichte, anspruchslose Darstellungen in Schwarz-Weiß, Schattentöne und Scherenschnitte, und die Ergebnisse verschiedener Preiswettbewerbe für Schüler und Schülerinnen. Unter den Gedächtnisbildern für Gefallene wird jeder eins finden, das er erwerben oder verschleppen möchte als äußeres Zeichen des dauernden Gedächtnisses an einen Freund. Nur eins würde der Besucher vergeblich in der Ausstellung suchen: blutige Schlachtenbilder mit möglichst vielen sterbenden und toten Feinden, süßliche Geschmacksigkeiten oder auch nur sogenannte patriotische Darstellungen mit viel Orden, Wappen, Lorbeerkränzen und anderen Sinnbildern, kurz, all das, was sich leider noch immer in vielen Schaufenstern breitmacht. Ueberhaupt atmet die Kriegs-ausstellung einen ziemlich friedlichen Geist, indem Kriegs-bilder im weitesten Sinne des Wortes aufgefaßt wurden. Wir machen z. B. mit dem kleinen Bengel, dessen Parolhände von der Mutter geführt werden, die ersten Schreibversuche in einem Heftchen an den Vater und beobachten die emsige Schreier, wie sie für den Bruder draußen Strampfe strickt. — Eine Ecke hat der Wandervogel eingerichtet. Die von ihm ausgelegten Mappen, Zeitschriften und Postkarten legen Zeugnis davon ab, daß die jugendlichen Wanderer sich auf ihren Fahrten einen gesunden, natürlichen Geschmack bewahrt oder erworben haben. In der Wandervogel Mitte treffen wir auch einen ehemaligen Lübecker Künstler, Fräulein, dessen Schwermüher mit den feierlich-ernsten Blicken den Beschauer unmißverständlich bannen. — Die Ausstellung ist täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwochs und Sonntags außerdem von 2-4 Uhr unentgeltlich geöffnet. Es bietet sich also jedem Gelegenheit, sich selbst ein Urteil zu bilden und fortan mit geschärftem Blick den Schund zu meiden.

**Lübecker Opfertage für das Rote Kreuz in Bulgarien.** Wir werden um Abdruck dieser Zeilen ersucht: Wie bereits in unserm Annoncenenteil und durch öffentlichen Anschlag bekannt gegeben, veranstaltet der Zweigauschuß des Deutschen Hilfsauschusses für das Rote Kreuz in Bulgarien mit Genehmigung der hiesigen Behörden am Sonntag, dem 22., und Sonntag, dem 23. Januar, Lübecker Opfertage. Mit Hilfe der tapferen Bulgaren ist Serbien niedergelungen. Durch den Eintritt dieser Nation in den Weltkampf an unserer Seite ist die Verbindung zwischen uns und unserer Verbündeten frei geworden und donnernd konnte der erste Balkanzug von Berlin in Konstantinopel vorgestern einrollen. In seinem blutigen Ringen trägt das bulgarische Volk dazu bei, unseren gemeinsamen Gegnern die Nutzlosigkeit ihres Kampfes zu zeigen und bringt uns einen für uns ehrenvollen Frieden näher. So ist es kein Wunder, daß das in dieser Zeit unserem Empfinden so nahe gerückte tapferer bulgarische Volk auch in Lübeck die warmsten Sympathien gefunden hat. Wir zweifeln nicht, daß das Resultat der Lübecker Opfertage dem bulgarischen Roten Kreuz, das naturgemäß in Verhältnis zu dem gewaltigen Ringen der Nation nur über beschränkte Mittel verfügt, kräftig zu Hilfe kommen wird.

**Das Stadttheater** hat einen herben Verlust erlitten: Karl Schüller, der Hauptmann unserer Bühne, ist in Erbing bei München, seiner Heimat, einem Lungenleiden erlegen, nachdem diese Krankheit ihn schon längere Zeit an der Ausübung seiner Kunst hinderte. Schüller war als Nachfolger Weyners hier angestellt worden und erwies sich besonders in Partien, wie Barabas, Beda, der von dem als Räuber, der über ein ansehnliches himmlisches Vermögen, rodenen Humor und wirkungsvolle Komik gebot. Seine Darstellungen waren von einer gewissen herben Ursprünglichkeit und hielten sich doch durchweg von Übertreibungen fern. Wir Karl Schüller, der noch von sich sagen konnte: „Schön sind die zwanziger Jahre“, ist ein komisches Talent weit vor der Zeit in das Reich der Schatten, dem leider ja gegenwärtig so viele junge Leben überliefert werden, gewandert.

**Steuerfakt.** Die Steuerrolle der Gemeinde Kenjeseh liegt vom 1. d. M. bis zum 31. d. M. einschließlich im Geschäftszimmer des Gemeindevorstehers Hiesig zu Kenjeseh zur Einsicht der beteiligten Steuerpflichtigen aus. Die Einsicht ist jedem in der Halle beigegeben, jedoch nur in Bezug auf seine eigene Steueranmeldung, gestattet.

**Senkung.** Erweiterte Lernzusage abgelehnt. Schon bald nach Beginn des Krieges ist mit Rücksicht auf die ungetragene Lernzusage der Beamten und Angestellten des Hamburgischen Staats bis zu einem Gehalt von 3000 Mark eine Lernzusage gewährt worden. Inzwischen sind aber, wie dem „Hamburgischen Anzeiger“ berichtet wird, in der Beamtenhochschule lehrhafte Beförderungen hervorgerufen, die die Gewährung der Zulage andeuten möchten und zwar sind in diesem Sinne in der letzten Zeit mehrfach Eingaben an den Senat gerichtet worden. Auch der Hamburgische Beamtenverein hat sich diese Wünsche zu eigen gemacht und um eine Lernzusage für die Beamten mit Gehältern bis zu 3000 Mark gebittet. Der Senat hat aber, wie er jetzt bekannt gibt, diese Gesuche nach eingehender Prüfung abgelehnt. Er hat darauf hingewiesen, daß die Senatmitglieder als Vertreter der Behörden und Bewohnungen die Befragten hätten, in geeigneten Fällen auf Ansuchen an Beamte, Angestellte und Arbeiter der Behörden, die wegen besonderer Umstände (großer Familien, Krankheit usw.) nach der Kriegszeit oder noch länger über den Betrag von 3000 Mark hinausgehenden Dienstbezüge unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht auskommen könnten und sich infolgedessen in einer Notlage befinden, angemessene Anzeigungen zu gewähren, daß er es aber nicht für richtig halte, ganz allgemein eine Zulage zu den Gehältern zu gewähren.

dem hiesigen Güterbahnhof der Schaffner Burmeister aus Altona. Er hatte den Güterzug 840 begleitet, der die Strecke Kiel-Hamburg fährt.

**Neumünster.** Werkgenossenschaften. Der Verband selbständiger Sattler und Tapezierer der Provinz Schleswig-Holstein und des Fürstentums Lübeck hielt im hiesigen Bahnhofshotel eine Mitglieder-Versammlung ab zu einer Besprechung über die Gründung von Werkgenossenschaften zur korporativen Uebernahme von durch die Behörden zu vergebenden Arbeiten. Das einleitende Referat hielt Direktor Rajunk-Kiel. Er sprach über die Gründung von Liefergenossenschaften und die Errichtung eines Liefergenossenschaftsverbandes. Der von der Versammlung gewählte Kommission liegt es ob, die Vorarbeiten zur definitiven Gründung eines Liefergenossenschaftsverbandes für Schleswig-Holstein in die Hand zu nehmen.

**Neustadt i. M.** Selbstmord eines 85-jährigen im Armenlaten. In der Nacht zum Mittwoch erdangte sich im Armenlaten von Groß-Godens der 85 Jahre alte Einwohner Othmann.

**Wilhelmshaven.** Bureaukratisches aus einem Reichsbetrieb. Auf der Wilhelmshavener Werft wurde folgender Befehl erlassen:

Wilhelmshaven, den 14. Januar 1916.  
Betriebsbefehl!  
Um Unterlagen für den Nezzu bezw. die Verteilung der Sätze einer neuen Vortragsanlage zu gewinnen, hat in den nächsten Wochen jeder Arbeiter vor Benutzung des Aborts im Maschinenbau-Innenbetrieb Namen und Rufnamen, bezw. die Leute der Baudivision Name und Kommando, dem mit der Führung der Liste beauftragten Unteroffizier der Baudivision anzugeben.

Nötigenfalls hat dieser auch die Zeit des Aufenthalts eines jeden einzelnen zu notieren. Die Unteroffiziere werden vom Maschinenbau-Innenbetrieb gestellt und die Listen werden wöchentlich dem W.-S. (Werkstatt-Bureau) vorgelegt.

Der Betriebsdirektor:  
gez. Popphanken, Marine-Ober-Baurat.

Der wahre Grund dieses Befehls ist nicht der, um Unterlagen für einen Neubau zu gewinnen, sondern, wie ganz unzweifelhaft aus dem zweiten Absatz des Betriebsbefehls hervorgeht, um dem Andrang der Arbeiter entgegenzuwirken! Bei der gegenwärtigen hiesigen Beschäftigungslage der Arbeiter ist aber eine Ueberfüllung der vorhandenen Vortragsanlage durchaus nicht zu vermeiden. Der Befehl fordert den schärfsten Protest jedes gereizten Menschen heraus, selbst wenn er damit begründet werden könnte, daß in einzelnen Fällen Arbeiter sich unbegründeterweise dort zu lange aufhalten, was aber durch die Einrichtung der vorhandenen Anlage wohl kaum vorzommen dürfte, denn es fehlen in diesen Vortragsanlagen Türen und Fenster, sowie das für eine zweireihige Sitzanlage vorzuziehende Zwischenstück! Die Vortragsanlage entbehrt somit der sanitären und sittlichen Anforderungen und dürfte deshalb für unbegründeten Aufenthalt der Arbeiter keinen Anreiz bieten.

**Eddesl.** Scharfe Verkräftung wegen Verfüterung von Proteckreide. Das Schöffengericht verurteilte den Landmann B. aus Sandhagen, der über das zu fällige Maß Korn an seine Schweine verfüttert hatte und außerdem bei der Bestandaufnahme ein größeres Quantum verschwiegen hatte, zu 1000 Mk. Geldstrafe.

### Aus Nah und Fern.

**Enoch Arden im Weltkrieg.** Die bekannte Dichtung des Engländers Tennyson, die von dem romantisch-traurigen Schicksal des Seefahrers Enoch Arden erzählt, der auf einer Reise vermisst, daheim totesagte wurde und bei seiner Rückkehr seine Frau mit einem andern Manne verheiratet fand, ist im Weltkrieg in modernster Fassung zur Wirklichkeit wieder auferstanden. Ein solches modernes Enoch-Arden-Schicksal, das einem englischen Soldaten widerfuhr, erzählt ein Mitarbeiter der „Daily Mail“. Es ist romantisch, ergreifend und wahrheitsgemäß auch häufig genug, um eine Niedergabe zu verdienen:

„Es war im Zuge von London zum Kanal.“ schreibt der Berichtshatter, „wo ich einem jener Männer begegnete, deren Schicksal dem des berühmten Enoch Arden gleicht. Er fiel mir auf, weil er so regungslos und still in seiner graugrünen Uniform da saß, als wäre er eine leerenleie Puppe. Ein Reihender bot ihm Obhut an, aber der einsame Soldat rührte sich nicht. Ein anderer sprach ihn mit einem Scherzwort an, aber der einsame Soldat erwiderte nichts. Ich schüttelte meine Pfeife und reichte sie schweigend dem Mann. „Danke“, sagte er mit rauher Stimme, „das ist die einzige Raucher, die ich noch genießen kann.“ Wieder sahen wir wortlos eine ganze Weile.

Außer uns war niemand in dem Abteil. Und plötzlich hörte ich den jämmerlichen Soldaten zu mir sprechen. „Ich muß reden“, legte er langsam und schwer, „dann breche ich zusammen.“ Und dann erzählte er:

Er war ein gedienter Mann, Referent, und wurde bei Kriegsbeginn in den aktiven Dienst geholt. Mit der ersten Expeditionsarmee ging er nach Frankreich und kämpfte in der Schlacht bei Mons. Er hatte seine Frau und zwei kleine Kinder daheim zurückgelassen. Er wurde mehrmals verwundet und schließlich gefangen genommen. Nach langer Gefangenschaft, nachdem er endlich freigesetzt worden war, wurde er als dauernd dienstuntauglich freigegeben und nach England zurückgeschickt. Infolge eines Verstoßes war kein Name in den britischen Verhaftlisten mit der

inhaltsreichen Bezeichnung „vermisst“ veröffentlicht worden. Ueber Holland kam er mit einem Transport an die Küste.

Wir kreuzten den Kanal bei stürmischem Wetter; aber ich mußte nichts von Wind und Wellen, ich dachte nur an das Wiedersehen, an Frau und Kinder. In London mußte ich in einem Spital übernachten. Ich ging nicht aufs Telegraphenamt, denn ich wollte meine Frau überraschen. Endlich kam ich im abendlichen Dunkel in meiner kleinen Heimatstadt an. Ich füllte mich un sicher auf den Füßen, und meine Hand zitterte, als ich die Tür meines Häuschens aufschloß. Ich ging geradenwegs in die Küche.

Hier schwebte der einsame Soldat und senkte den Kopf. Eine Minute lang blieb er stumm, und wir saßen regungslos gegenüber, während der Zug ratternd und klirrend dahinschlief. Als der Soldat wieder aufblickte, waren seine Augen trocken, aber stark und hart wie Stein. „Gott“, rief er aus, „meine Frau, meine Mary, hatte während meiner Abwesenheit geheiratet! Sie hielt mich für tot, sie mußte mich für tot halten. Allein mit den Kindern und der Wirtin, in der besten Ueberzeugung, ich sei nicht mehr, ohne Halt, ohne männliche Stütze, fast ohne Mittel — wie sollte sie nicht heiraten? Sie ist ja noch so jung, und Jugend hilft sich weiter. Sie hatte einen jungen Mann kennen gelernt, sie hatten einander gefallen und geheiratet. Als ich eintrat, stand er neben ihr in der Küche. Ich table sie nicht“, fügte er heiser hinzu, „eine junge Frau mit Kindern ist ohne Mann ein armes Ding. Ich table auch ihn nicht. Nach beider Meinung war ich tot.“

Eine Pause. Dann fragte ich: „Was taten Sie?“ „Nichts“, erwiderte er. „Was konnte ich tun? Ich eilte davon, wie ich gekommen war. Und nie werde ich die Frau, die Kinder wiedersehen. Ich bin fertig mit mir und der Welt.“

Ein Prozeß wegen eines Bindestriches. Eine köstliche Prozedur wird sich dieser Tage, wie die „National-Zeitung“ schreibt, in der Schweiz abspielen. Ein Tierarzt sucht nämlich bei den zuständigen Gerichten seine Ehre wieder in Anspruch zu nehmen, nachdem er durch einen Bauer beschädigt worden, was auf folgende Weise geschah. Der Bauer kaufte ein Pferd und ließ es vor Abschluß des Handels, wie das in solchen Fällen üblich ist, durch einen Tierarzt auf seinen Gesundheitszustand untersuchen. Der Kauf wurde, gestützt auf die zustimmende Aussage des Veterinärs, abgeschlossen; aber das Pferd erwies sich nicht als so kräftig, wie es der Käufer hatte erwarten dürfen. Seinem Zorn machte der Bauer in einem Brief an den Tierarzt Luft, den er auch anderen Bauern des Dorfes zeigte und in dem er schrieb: ihm scheine es, der Tierarzt sei mehr Rindvieh als Pferdearzt. Daraufhin verklagte der Veterinär den Bauer wegen Verleumdung. Der Bauer jedoch, der selbst etliche bürgerliche Ehrenämter bekleidet, rechtfertigt sich mit der Behauptung, er habe nur vergessen, den Bindestrich anzubringen, indem er hatte sagen wollen, der Veterinär scheine ihm mehr Rindvieh- als ein Pferdearzt zu sein. Der Veterinär gibt sich aber damit nicht zufrieden, und so werden sich die Gerichte in dieser waffenklirrenden Zeit mit einem Prozeß um eines vergessenen Bindestriches willen zu beschäftigen haben.

## Der Lübecker Volksbote dient den Arbeiterinteressen schützt die Rechte des Volkes!

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. geeigneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inferate im „Lübecker Volksboten“.

### 2 Bekanntmachungen

bestehend:

1. Anzeigen in Samstagszeitungen.
2. von Herrn Hauptlehrer Hansmann für Samstagszeitungen.

werden in den Samstags- und Sonntagszeitungen veröffentlicht und treten sofort in Kraft. (264)  
Altona, den 15. Januar 1916.

**Verkauf lebender Bär**  
am Sonntag, d. 23. Januar  
vormittags von 8 Uhr an in der  
Fogelstraße  
Preis 30 Mk. (262)

Ich benutze die Gelegenheit bei  
der Beendigung meines Lebens  
dieses meine ich hierdurch  
den, die mit der Teilnahme  
empfangen, meinen herzlichsten  
Dank zu. (261)

**Das Kind geht nach**  
Vergleiche mit 3 Kindern nach, zum  
1. Kind am 2. oder 3. Januar  
Fogelstraße, Altona, 1.  
K. u. U. S. in der Gm. (258)

Um gemäß Klappentext  
mit Bedarf zu lassen, gerührt.  
(257) Druckstempel 19.

**Glasierteisen**  
oder Art oß.  
D. Zimmig, Glasierteisen,  
Glasierteisen 35, Januar 1916

Mit dem heutigen Tage erkläre  
ich wieder ein (256)

**Brot-, Süß- und  
Gewürzwaren-Geschäft**  
Um günstigen Preis zu bieten  
**H. Klempner, Süßwaren,  
Große Alster 9. (255)**

**Morgen Donnerstag:  
Grünkohl-Essen.**  
**Chr. Busch,  
Drügestraße 14. (252)**

### Verband der Zimmerer

**Mitglieder-Versammlung**  
am Donnerstag, d. 20. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 39-52.  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht 1915.  
2. Abschluß vom 4. Quartal  
1915.  
3. Jahresabschluss und Rechnungslegung  
Um zahlreiches Erscheinen er-  
scheint.  
**Der Vorstand.**

**Streekasse der Vertriebsstelle  
Lübeck.**

**Generalversammlung**  
am Mittwoch, 16. Febr. abends 8 1/2 Uhr  
im Bürgerverein.  
**Der Vorstand.**

**Bestandungs-Formulare**  
werden hergestellt in der  
Buchdruckerei „S.M. Hildebrandt“  
Johannisstraße 45. (259)

### Konsumverein für Lübeck u. Umg.

e. G. m. b. H.

## Bezirksversammlungen

finden statt:

**Eutin** am Sonntag, dem 23. Januar, nachmittags 4 Uhr,  
bei Herrn Gastwirt Knickrehm, am Markt.

**Ahrensböök** am Sonntag, dem 23. Januar, nach-  
mittags 4 Uhr, bei Herrn Gastwirt Strehse.

**Malente** am Montag, dem 24. Januar, abends 8 Uhr,  
im „Bürgerheim“.

**Lübeck** am Montag, dem 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
im „Weißen Engel“, Ratzeburger Allee.

**Lübeck** am Dienstag, dem 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
im „Gewerkschaftshaus“.

**Lübeck** am Dienstag, dem 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
im „Neu-Lauerhof“.

**Lübeck** am Donnerstag, dem 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Herrn Gustav Ehlers, Hüxstraße 110.

**Lübeck** am Freitag, dem 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Herrn Gastwirt Hagelstein, Geminer Straße.

**Tagesordnung in allen Versammlungen:**

1. Geschäftsbericht, unter besonderer Berücksichtigung der Ein-  
wirkungen des Krieges für das kommende Jahr.
2. Wahlen zum Genossenschaftsrat nach § 29 des Statuts.
3. Genossenschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen  
wird gebeten. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.  
**Der Vorstand.**

### Drucksachen aller Art

liefert schnellstens  
**Buchdr. Friedr. Meyer & Co.**

### Stadttheater.

Mittwoch, 19. Januar 1916:  
Wegen Vorbereitung zu „Peer  
Gynt“ geschlossen.

Donnerstag, 20. Januar 1916:  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Peer Gynt**  
Dramatisches Gedicht v. Ibsen.  
Musik von Grieg.

Einführungen sind an der  
Theaterkasse zu haben.

Freitag, den 21. Januar 1916:  
Anfang 8 Uhr:  
**Das Musikantenmädchen**  
Operette von G. Jarno.

Sonntag, 22. Januar 1916:  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Maria Stuart**  
Von Friedrich v. Schiller.

# Von den Kriegsschauplätzen. Gegen Frankreich und Belgien.

## Veränderungen in der französischen Diplomatie?

Der „Progres“ bereitet auf umfassende Veränderungen in der französischen Diplomatie vor, deren Wirksamkeit in den parlamentarischen Kommissionen eine scharfe Bemängelung erfährt.

## Gegen Rußland.

### Russische Sympathie für Deutschland.

Nach der englischen Zeitschrift „The Statesman“ hat der frühere russische Minister des Innern in einer Rede in Michnij Nowgorod erklärt, er bedauere den Krieg mit Deutschland, da beide Länder auf einander angewiesen seien und ihre geschichtliche Entwicklung auf freundschaftliche Beziehungen hinweise. Der „Statesman“ konstatiert auch, daß Graf Fredericks, der Minister des kaiserlichen Hauses, dessen Unterschrift für jeden Ukas notwendig ist, starke deutsche Sympathien hege. Die Begeisterung, die durch Englands Teilnahme an dem Krieg anfangs geweckt wurde, sei völlig geschwunden. Maßgebende russische Kreise fragten sich nur noch, was Großbritannien denn zu gewinnen hoffe.

## Gegen Italien.

### Italiens Tribut an England.

Der Abgeordnete Bissolati teilte dem römischen Vertreter der „Morning Post“ mit, Italien werde den Krieg nicht fortführen können, da die Engländer es nicht verstanden, daß die norditalienischen Fabriken schließen müßten und Tausende arbeitslos gemacht würden, wenn nicht England endlich Kohlen zu annehmbaren Preisen liefere.

## Der Balkankrieg.

### Die Streitkräfte um Saloniki.

Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ meldet aus Saloniki über die Aufstellung der Ententetruppen, daß die Streitkräfte in Mazedonien etwa 250 000 Mann betragen; doch landeten die Engländer und Franzosen in Saloniki und auf der Halbinsel Chalcydike zahlreiche Verstärkungen. Die Alliierten erhielten auch neue Zufuhren von Kriegsmaterial.

### Angebliche scharfe Forderungen der Entente.

Athener Meldungen zufolge sollen England und Frankreich am 16. Januar der griechischen Regierung eine befristete Note überreicht haben, die tatsächlich einem Ultimatum gleichkomme. Die Note verlangt, Griechenland solle binnen 48 Stunden allen diplomatischen Vertretern und Konsuln der Vierbündnisse die Pässe zurückstellen, widrigenfalls der Vierbündnisse die zur Wahrung seiner Interessen für nötig erachteten Schritte unternommen werde.

In Wiener amtlichen Stellen ist bisher keine Bestätigung der Nachricht eingelangt, daß die Ententemächte an die griechische Regierung ein solches Ansinnen gestellt hätten.

## Der Seekrieg.

### Schärfere Blockade gegen Deutschland.

Präsident Wilson hat vom Vorkämpfer Tage in London die Nachricht erhalten, daß die Durchführung der Blockade gegen Deutschland binnen kurzem verhängt werden soll. Es werde bald eine lange Note als Antwort auf die amerikanische Note vom Oktober abgeschickt werden. Nach der „Times“

soll man sich darüber einig sein, daß die amerikanische Regierung die Erklärung einer regelrechten Blockade billigen wird. Dafür sei es aber notwendig, daß die Blockade gefesselt sei, d. h. es müsse bewiesen werden, daß die britischen U-Boote in der Ostsee wirklich den Handel in diesem Meere verhindern können. Der Handel mit den neutralen Ländern müsse frei bleiben, außer, wenn die Lehre von der „fortgesetzten Reise“ angewendet werden kann.

## Die Kämpfe im Orient.

### Die eingeschlossene Garnison von Kut-el-Amara.

Das Bagdader Blatt „Sada Millet“ erfährt, daß die Engländer schon vor 14 Tagen die Truppen der Garnison von Kut-el-Amara auf halbe Protration setzten. Versuche, der Garnison Lebensmittel zuzuführen, sind gescheitert. In der Stadt befinden sich 3000 Verwundete, die ihre Verwundungen nach Einschließung der Stadt erlitten.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Konservativen fordern Aufklärung.

Daran ist ein Zweifel gar nicht möglich, daß die Konservativen einer Wahlrechtsreform in Preußen entschieden Widerstand leisten werden. Darauf deutet auch eine Frage hin, die ein konservatives Mitglied des Herrenhauses in der „Kreuzzeitung“ an die Regierung richtet. Die Darlegung lautet:

„Der Geist gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens soll (nach der Thronrede) in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften lebendigen Ausdruck finden“. Man könnte aus dem strikten Wortlaut den Schluß ziehen, daß gegenseitiges Vertrauen und Vertrauen dahin führen sollte, daß überall anerkannt wird, wie ein Volk, welches so Großes leistet wie das unsrige, einsehen werde, daß die Grundlagen der Verfassung gute sind, und daß jede Änderung an derselben ein gewagtes Experiment sei. Sollte indessen dem Gedanken Ausdruck gegeben werden, welchen die liberale Presse den Worten gibt, „daß eine Wahlrechtsreform angestrebt werde“, so hätte doch besser der Ausdruck „Umgestaltung“ statt „Gestaltung“ gewählt werden sollen. Der Text der Rede enthält in dieser Beziehung ein „dunkles Wort“, welches der Aufklärung dringend bedarf. Die Regierung wird auf Anfragen in den gesetzgebenden Körperschaften nicht umhin können, klare Antwort zu geben, was sie mit jenen Worten gemeint hat. Ein Ausweichen der bestimmten Erklärung hierüber wird sich keine Partei gefallen lassen.“

Während des Krieges wird eine Wahlrechtsvorlage nicht kommen, und in diesem Zusammenhange darf vielleicht daran erinnert werden, daß die konservativen Abgeordneten Westarp, Dertel und Koeffede im Haushaltsauschuß des Reichstages mit ganz besonderer Betonung erklärt haben, während des Krieges dem Kanzler keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen.

## Aus der Partei.

Zum Karlsruhe Sozialistenprozess weiß das Süddeutsche Korrespondenzbüro zu melden: Gegen eine Anzahl Stuttgarter und Karlsruher Sozialisten, darunter gegen den Landtagsabgeordneten Westmeyer und Klara Zettin, ist vom Reichsgericht das Hauptverfahren wegen verübten Landesverrats eröffnet worden.

## Kommunales.

Steuerherabsetzung — trotz des Krieges! Ein weißer Raab unter den deutschen Gemeinden ist unstrittig die Stadt Döschitz in der sächsischen Kreishauptmannschaft Leipzig. Von allerwärts wird gemeldet, daß der Krieg eine Erhöhung der Steuern bringe — in Döschitz denkt man nicht nur nicht daran, sondern die Gemeindeverwaltung wird eine Steuerherabsetzung beschließen, was den 18 000 Einwohnern sicherlich eine große Freude sein wird. Die Einnahmen aus dem Betrieb der Gasanstalt und des Elektrizitätswerkes haben sich so gesteigert,

daß sich trotz der Inanspruchnahme des Staatsjährls durch Kriegswohlfahrt und dergleichen das Vermögen der Stadt ganz erheblich vermehrt hat. Dieses praktische Beispiel beweist von neuem, wie wertvoll für die Einwohnerschaft einer Gemeinde die Uebernahme gemeinnütziger Werke und Verkehrsanstalten in eigene Verwaltung ist. Die eventuellen Ueberschüsse fließen dann nicht in die Taschen einiger Aktionäre, sondern finden im Allgemeininteresse Verwendung, sei es durch Herabsetzung der Steuern, wie im vorliegenden Falle, oder durch Errichtung von Schulen, Krankenhäusern, Badeanstalten usw.

Organisierung der städtischen Gemüseversorgung. Während die Preise für Gemüse auf der einen Seite für die große Masse der unbemittelten Bevölkerung geradezu unerschwinglich geworden sind, verdirbt auf der anderen Seite das Gemüse massenhaft, weil es unerkäuflich bleibt. Diesen Mißstand will nun der Verband deutscher Gemüsezüchter beheben, der den Städten kostenlos jede Menge Gemüse direkt vom Produzenten unter vollkommener Umgehung des Zwischenhandels nachweisen will. Die Vermittlungsstelle dieses Verbandes in Berlin-Friedenau, Coenstraße 3, liefert bereits 32 Städten zum Teil alles Gemüse; der Umsatz belief sich im Oktober 1915 bereits auf rund 200 000 Mark. Der Verband deutscher Gemüsezüchter will auch dem Lebensmittelwucher entgegenreten, indem er den Erzeuger direkt mit dem Verbraucher in Verbindung setzt. Zu diesem Zweck gibt er wöchentlich alle zehn Tage Angebotslisten von Gemüse zum „waggonlabungsweisen Bezug“ heraus, die jede Stadt haben kann. Die minimalen Vermittlungsgebühren von 1 Proz. trägt der Produzent allein. Der Durchführung einer Gemüseversorgung der städtischen Bevölkerung durch die Stadtverwaltungen stehen seit Schaffung dieser Vermittlungsstelle unüberwindliche Hindernisse nicht mehr entgegen. Es ist ihnen die Möglichkeit geboten, der Bevölkerungszahl entsprechende preiswerte Gemüsemengen anzuliefern zu lassen. Gleichzeitig mit der Verkaufsmittlung sollten alle Stadtverwaltungen eine aufklärende Tätigkeit über den Gebrauch der Gemüse in die Wege leiten. Es ist praktisch unmöglich, alle Gemüsearten während des ganzen Jahres gleichmäßig auf den Markt zu bringen; deshalb muß, um Zeiten des Ueberschusses und der Knappheit auszugleichen, dafür gesorgt werden, daß die Bevölkerung von der Gemüseart sowohl zum Frischverbrauch als auch zur Konservierung ausgiebigen Gebrauch macht, die gerade in reichlichen Mengen zu erschwinglichen Preisen zum Verkauf gebracht werden kann.

## Aus Nah und Fern.

Ein Ehepaar durch Gas vergiftet. Der Inhaber des ersten Wiener Cafes in Chemnitz, Paul Gaedke, und seine Frau sind in ihrem Badezimmer tot aufgefunden worden. Der Tod ist durch Gasvergiftung eingetreten.

Ein Geschäftsmann mit 2 Seelen. Unter dem Deckmantel der Religion hat der Verlagsbuchhändler Max Schwarz in Berlin seit langen Jahren Betrügereien verübt und sich selbst zum vermögenden Manne gemacht. Er nennt sich „Verlagsbuchhändler“, betreibt aber lediglich zwei religiöse Werke, eines für evangelische Christen mit dem Titel „Friede sei mit Euch!“ und ein anderes für katholische Christen unter dem Titel „Wege zu Gott“. Bei ersterem nannte er sein Geschäft „Kontor für christliche Schriften“, bei letzterem „Kontor für katholische Schriften“ und verwendete für beide einen Geschäftstempel mit dem Muttergottesbilde. Außerdem ließ er durch seine zahlreichen Reisenden, die eine dem geistlichen Gewande ähnliche Kleidung trugen, den katholischen Kaufmann — meistens Dienstmädchen und einfachen Bauernfrauen — versprechen, daß zu ihrem Seelenheil eine Messe gelesen werde. Man unterließ es nach Ausbruch des Weltkrieges sogar nicht, Kriegerväteren vorzureden, wenn sie das heilige Buch kauften, werde ihren Männern im Felde nichts passieren und sie würden gesund und munter zurückkehren. Zahlreiche Anzeigen wegen Betruges gegen Schwarz und seine Helfer veranlaßten die Polizei, gegen ihn vorzugehen. Das Oberkommando in den Marken hat die vollständige Schließung des Betriebes verfügt. Während Schwarz jetzt einiger Zeit im Felde steht, hat seine Frau das Geschäft weitergeführt.

## Verlustlisten.

### Erschienen sind:

Brenkische Verlustliste Nr. 432.

Sächsische Verlustliste Nr. 245.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

## Vater und Sohn.

Eine aberkämpfte Dorfgeschichte von Heinrich Schaumberger.

12. Fortsetzung.

### Scharfe Herzen.

Es war am zweiten Weihnachtsfeiertag, die letzten Strahlen der untergehenden Sonne fielen glühend rot durch die beheizten Fenster in die Bergbauernstube und funkelten auf den goldenen Wappstein des Christbaumes; der kleine Hans lehnte zwischen den Knien des Schreiners Johannes und setzte ihm eifrig die Vorzüge seiner neuen Pelzmütze auseinander, allein er plauderte tauben Ohren vor; in trübes Sinnen versunken, starrte der Jüngling vor sich nieder.

Solch trauriges Weihnachtsfest hatte er noch nie erlebt. Im ersten Feiertag verließ die Mutter das Krankenbett, auf welches sie der Kummer des Begräbnistages geworfen, mit ihr stand Haß und Zorn auf und schlug in lichten Flammen empor. Die finsternen Blide Frieders empörten die krankhaft reizbare Frau; sie glaubte darin den Unmut über ihre Genehung zu erkennen, und dieser Gedanke, den sie sich nicht ausreden ließ, brachte sie zur Verzweiflung. Zwar hatte sie Johannes verprochen, dem Vater nicht neuen Anlaß zum Zorn zu geben, allein das war vergessen; an allen Gliedern zitternd überhäufte sie ihn mit Schmähungen und Vorwürfen. Frieder, der zuerst erkaunt horchte, blieb ihr nichts schuldig, ein Wort gab das andere, bitterer und verletzender wurden die gegenseitigen Beschuldigungen, bis zuletzt Annettes rief: „Du übertrittst noch deinen Vater! Die Leute sagen schon, wenn du dein Saufen und Spielen lange forttriebst, würdest du das Haus für Fremde gebaut haben.“ Höhnend auflachend, hatte Frieder erwidert: „Du brauchst meinen Vater nicht schlecht zu machen — du! — Immer besser ein Säufzer und Spieler, als ein Betrüger.“ — Schon furchtete Johannes das Vergleichen, als der Eintritt auswärtiger Kunden dem Streit wenigstens für den Augenblick ein Ende machte.

Aber der Haß ruhte nicht, wenn auch der Janz nicht wieder diese Heftigkeit erreichte. Bergebens suchte Johannes zu vermitteln; er hat und warnte — umsonst. Der Vater antwortete ihm mit giftigem Hohn, die Mutter legte ihm Trost entgegen, und als er sich demohnst nicht abhören ließ, ward er beständig zur Ruhe verwiesen.

Traurig verließ er das Elternhaus; ein neuer Kummer fiel auf seine Seele, als er sich dem Bergbauernhaus näherte. Auch der Vater war in letzter Zeit anders geworden: kürzer, härter in seinen Reden, wenn auch nicht unerbittlich, doch schon wieder herzlich, dabei auch rauh und heftig besonders dann, wenn er auf den Vater zu reden kam.

Heute bemerkte Johannes mit Schrecken, daß die Mutter den Bauern ganz auf ihre Seite gebracht hatte, denn auf seine Klage antwortete der sonst so besonnene Mann mit beständigem Tadel Frieders, und seine Vorwürfe, obwohl nur allzu begründet, verletzten ihn kindliches Gefühl. Mit Wärme nahm er sich des Vaters an. „Mein Vater ist nicht schlecht“, sagte er, „nur unglücklich. Als Kind habe ich ihn einmal nachts mit sich selber reden hören, und das will mir nicht aus dem Kopf; wenn ich gleich die Worte heute noch nicht zusammenreimen kann, seitdem weiß ich, den Vater drückt ein altes Leid, das er nicht jagen will oder nicht darf — und das treibt ihn ins Elend. Ich merk, die Mutter hat Euch gegen den Vater aufgerebet, aber glaubt mir, sie hat auch nicht in allen Stücken recht, sie selber reizt den Vater zum Zorn.“ — Klagt sie Euch wieder, sagt ihr das! — Allein diese Erklärung empfing heftigen Widerspruch vom Bergbauer, der immer rücker in der Stube auf und ab ging, den Tabakstrich in kurzen Schüben von sich hies und gereizt behauptete, Frieder sei durch allzu großes Glück übermütig geworden. Als ihn Johannes bat, wenigstens in seiner Gegenwart nicht so schlimme Folgen ihm aus dem Zorn zu reden, er könne und dürfe das nicht mit anhören, griff der Bergbauer verdrücklich nach der Pelzkappe und sagte: „Im Grund kann ich dir nicht so ganz unrecht geben, daß du ihn in Schutz nimmst, er ist nun einmal dein Vater, aber doch erzürnt mich's, daß du gar nichts auf ihn kommen lassen willst. Er gesteht es freilich nicht, meine Aste behauptet auch, er wäre noch nicht so weit mit der Särbel, aber auf dem Weg dahin ist er doch, und mit meinem eigenen Bruder hätte ich kein Erbarmen, wenn er das täte.“

Johannes sah dem Bauer traurig nach, der heute zum erstenmal in Verdrub von ihm ging; ein tiefes Weh zog durch sein Herz, als er bedachte, welche schlimme Folgen ihm aus dem Zorn des Bauern erwachsen könnten. Er war froh, als sich die Bäuerin zu ihm setzte; ihr durfte er ja sein Herz öffnen. „Das sehtest du nun noch“, sagte sie, nachdem er geendet, „Janz am Lieben Feiertag und im Verdrub auseinander — o, die Männer! Was mir meinen Asten anfiel, daß er dir das Leben verbittert! — Freilich mit deinem Vater wird es alle Tage schlimmer.“

„Vater, wenn Ihr nun auch noch über den Vater scheltet, dann weiß ich nimmer, was ich anfangen soll.“

„Loben kann ich ihn nicht, es ist zu schändlich, wie er's treibt, und was es geben wird, wenn deine Mutter das Gerede mit der Särbel erzählt, daran darf ich nicht denken. In übrigen tablele ich dich nicht, daß du deinen Vater in Schutz nimmst, vor dir werde ich nichts mehr über ihn sagen.“

„Was ist's schon wieder?“ fragte Auguste besorgt, die jetztin geschwänd mit einem Nichte in der Hand eingetreten war und dem Bauer, der sich an sie drängte, freilich über den Kopf strich.

„Der alte Streik!“ entgegnete die Mutter und zupfte die Schürze des Mädchens in bessere Falten. „Du weißt ja, wie der Vater ist. Jetzt laßt die Geschichten, geht in die Lichtstube und leib vergnügt!“

Beim Anblick des Mädchens erschellte ein Freudenstrahl das Gesicht des Jünglings, allein seine Stirne umwölkte sich wieder bei den Worten: „It's nicht Sünde, Pate, jetzt an Luftbarkeiten zu denken?“

„Wir bleiben daheim, Johannes“, jagte Auguste und sah ihn traurig in die Augen. „Ach, wenn ich doch wüßte, womit ich dich trösten sollte.“

„Et, warum nicht gar“, rief die Bäuerin, jetzt auch zusammen und flennt die ganze Nacht — das wäre das Wahre! — Ich leid's einmal nicht, daß ihr auch vergeblich abhört, und sage dir, Johannes, ich werde ernstlich böse, wenn du dem armen Mädle das Herz schwer machst.“

„Aber meine Mutter ist allein daheim.“

„Tut nichts, ich geh' zu ihr, macht jetzt vorwärts. Was wird's derweil mit dir, Hans?“

„Ich möcht' mit Johannes, Mutter; der Ungersandres und der Schupfershanfrieder gehen auch in die Lichtstube.“

„Hätte das dein Vater gehört, der würde dir die Lichtstube anstreichen! — Geh zum Bedenkts. Punkt zehn kommst du und holst mich im Schreinershaus ab.“

Als die Kinder die Stube verlassen hatten, schlug sie ein Tuch über Kopf und Schultern, verließ das Haus und ging hinab ins Schreinershaus. Annettes sah im Lehnstuhl und sagte zur Bäuerin: „Ich dachte schon, du hättest mich auch vergessen, wie mich alles vergißt; sogar Johannes ist fortgelaufen — ich bin mutterselennallein im Haus!“

„Dem Johannes mache keinen Vorwurf; ich selber habe ihn in die Lichtstube geschickt, obgleich er nicht wollte; dem armen Jungen ist ein Vergnügen zu gönnen.“

„Natürlich, an mich denkt kein Mensch.“

„Annettes, du tust nicht gut, daß du dich gegen die Welt so verbitterst. — Ich will nicht von mir reden, es gibt noch mehr Leute, die sich gern deiner annähmen, aber du bist so herb, so verdrossen, drum hat niemand recht das Herz, zu dir zu geh'n.“

„Möcht' auch wissen, wer sich meiner annähme.“

„Du darfst nicht zu viel verlangen. Jeder Mensch hat seine eigenen Gedanken, und danach tut er. Sieh, wie dein Frieder zuerst ansartete, standen alle Leute auf deiner Seite; nach dem, was aber in Tiefenort vorgefallen ist, reden sie anders.“

„Freilich, jetzt jucken sie über mich und meinen Vater her, und Frieder ist der Ungehorsam — o, die Welt!“

(Fortsetzung folgt.)

